

Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus* in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Gekürzter Auszug aus der Broschüre ...den „Begriff völkisch wieder positiv besetzen“ Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen (im Erscheinen)

1. In einem vertraulichen Strategiepapier des AfD-Bundesvorstands „GO/RE 2016-12-22“ heißt es dazu: „Die AfD muss [...] ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein [...] und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken. [...] Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD.“
2. Der AfD-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg sagte während einer Plenarsitzung: die AfD müsse „eben keinen Ausblick geben – im Gegensatz zur Regierung [...]“. Das ist nun mal das Privileg der Opposition.“; Im Internet: <http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/regierungserklaerung-landtag-sachsen-anhalt-100.html> (Zugriff: 19.04.2017)

Hinter der Kritik von Rechtspopulist_innen an der bundesdeutschen Demokratie steht oft der Wunsch nach ihrer Einschränkung. Vordergründig fordern sie mehr direkte Demokratie (z.B. Volksentscheide auf Bundesebene oder Direktwahl von Bundeskanzler_in und Bundespräsident_in). Dadurch soll jedoch letztlich die Gewaltenteilung überwunden und das Regierungshandeln gegenüber dem Parlament gestärkt werden. Entscheidungen über die Rechte von Minderheiten hinweg sind aber nicht vereinbar mit dem Grundgesetz. Dort sind u.a. in den Artikeln I. und III. die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Unveräußerlichkeit ihrer Rechte festgeschrieben. Die Berücksichtigung der Interessen von Minderheiten und die Teilung der Gewalten, die über deren Belange entscheiden, gehören zum Kern des Grundgesetzes und sind eine Lehre aus der deutschen Geschichte.

Rechtspopulist_innen wollen Parlamente dort schwächen, wo sie demokratische Grundrechte von Minderheiten oder sozial Schwächeren verteidigen. Entsprechend destruktiv verhalten sich gewählte Rechtspopulist_innen, darunter viele AfD-Parlamentarier_innen. Diese Grundorientierung sollten Abgeordnete bei ihrer parlament-

arischen Auseinandersetzung mit der AfD kennen. Die konkrete Arbeit der AfD in Kommunalvertretungen und Landesparlamenten fällt regional höchst unterschiedlich aus. Zwei Tendenzen lassen sich allerdings verallgemeinern:

- a) Die AfD nutzt das Repertoire, welches bereits bei Rechtsaußen-Parteien in der Vergangenheit zu beobachten war: Tabubrüche und Skandalisierungen dienen mit den erwartbaren Reaktionen demokratischer Akteure zur Selbstinszenierung als Opfer des „Altparteienkartells“, der „Meinungsdiktatur der Lügenpresse“, des „Tugendterrors der Gutmenschen“ usw.¹
- b) Auch die Unfähigkeit bzw. der Unwillen zu konstruktiver parlamentarischer Arbeit ist sichtbar: Die AfD ist oft nicht in Lage, die Erfordernisse einer sachorientierten Parlamentsarbeit zu bewältigen. Entscheidender aber ist: Sie ist an einer konstruktiven Mitarbeit im parlamentarischen Prozess kaum interessiert.² Vielmehr funktionalisiert sie die Parlamentsarbeit propagandistisch und nutzt dabei in hohem Maße und zunehmend professionell soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube oder klassische Medien, die wiederholt über die selbstinszenierten Skandale der AfD

* Rechtspopulismus ist eine Form von Politik, die verbreitete autoritäre Vorstellungen sowie (kulturell-) rassistische Stereotype nutzt und verstärkt und die auf vier Grundprinzipien beruht: (1) Konstruktion einer WIR-Identität (der „kleine Mann“ oder „das Volk“) auf Grundlage (kulturell-) rassistischer Vorurteile, (2) aggressive Abgrenzung gegenüber oben („das Establishment“, „die da oben“) und außen („die Muslime“, „die Fremden“), (3) Autoritarismus und der positive Bezug auf Führungsfiguren sowie (4) Bewegungspolitik, die Parteien und repräsentative Demokratie lediglich als ein Mittel zur Durchsetzung eigener Machtansprüche versteht. (Vgl. Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: 2016)

3. So beschäftigte die Fraktion der AfD im Sächsischen Landtag die sächsische Verwaltung mit einer 630 Fragen umfassenden Großen Anfrage: <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Frauke-Petry-stellt-630-Fragen-an-Sachsens-Regierung-Haeme-im-Netz> (Zugriff: 19.04.2017); Die AfD im Landtag von Baden-Württemberg wird von anderen Parteien im SWR zu ihrem „Informationsbedarf“ als „Kampfinstrument“ kritisiert. <http://www.swr.de/swraktuell/bw/kleine-anfragen-der-afd/-/id=1622/did=19110538/nid=1622/10jahre/> (Zugriff: 19.04.2017); Der AfD-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg sagte während einer Plenarsitzung: die AfD müsse „eben keinen Ausblick geben – im Gegensatz zur Regierung [...] Das ist nun mal das Privileg der Opposition.“; Im Internet: <http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/regierungserklaerung-landtag-sachsen-anhalt-100.html> (Zugriff: 19.04.2017)
4. So rügte AfD-Abgeordnete Schmidt in einer parl. Anfrage im Landtag Sachsen-Anhalt deren Landesregierung für ihre „ideologisch bedingte Auslassung“ bei der Veröffentlichung der Kriminalitätsstatistiken, ignorierte aber die Antwort der Landesregierung nach deren erdrückenden Zahlen zu Lasten rechtsmotivierter Gewalt. Im Internet unter: <http://www.mz-web.de/politik/politische-kriminalitaet-afd-anfrage-geht-nach-hinten-los-24675574>
5. Fortgesetzte Verstöße gegen die Geschäftsordnungen der Landesparlamente führten bereits mehrfach zu Sitzungsausschlüssen. Vgl. Spiegel Online: AfD-Abgeordneter muss nach Pöbeleien den Saal verlassen. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-afd-abgeordneter-poebelt-im-landtag-und-wird-des-saales-verwiesen-a-1093188.html> (Zugriff am 19.04.2017) und Hamburger Abendblatt: AfD-Politiker fliegt nach Merkel-Attacke aus Bürgerschaft. <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article209792987/Afd-Politiker-beleidigt-Merkel-und-fliegt-aus-Buergerschaft.html> (Zugriff am 08.03.2017)
6. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die Partei dafür aus, die „aktuelle Verengung“ der deutschen Erinnerungskultur auf die Verbrennen des Nationalsozialismus zugunsten einer positiven, identitätsstiftenden Geschichtsbetrachtung „aufzubrechen“; vgl. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, a.a.O., S.48 (unter der Überschrift „7.4 Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien“).

berichten. Beispielsweise nutzen AfD-Abgeordnete das Instrument der parlamentarischen Anfrage, um die für die Beantwortung zuständigen Verwaltungsstellen zu überlasten³ oder an Zahlenmaterial zu gelangen, das rassistische Angst- und Neidkampagnen befeuern soll. Hierbei geht es u.a. darum, einen Zusammenhang zwischen der Unterbringung Geflüchteter und einer erhöhten Kriminalitätsentwicklung und eine signifikante Gefährdung seitens extrem Linker Gewalttäter_innen zu konstruieren.⁴ Parlamentarier_innen der AfD nutzen hinaus oft aggressives Pöbeln als Öffentlichkeitsarbeit.⁵

Beiden strategischen Vorgehensweisen: ideologische Provokation und kalkulierter Tabubruch ohne konstruktive parlamentarische Arbeit einerseits und andererseits Selbstinszenierung als bürgerlichseriöse, staatstragende „Kümmerer“-Partei greifen ineinander und sollten seitens demokratischer Akteure erkannt und aufgedeckt werden. Vor der Verständigung über einen gemeinsamen Umgang sollte Einigkeit darüber hergestellt werden, dass die AfD als rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei eine Herausforderung darstellt, mit der sich Demokrat_innen aktiv und kontinuierlich inhaltlich auseinandersetzen müssen. Dazu bedarf es folgender Handlungsweisen:

Den Umgang mit der AfD überparteilich abstimmen.

Damit demokratische Parteien oder Wähler_innengemeinschaften sowohl angemessen reagieren, als auch ihre Kräfte gezielt einsetzen können, sollten sie sich miteinander über den Umgang mit der AfD verständigen. Der Konsens sollte mit so vielen Parteien wie möglich gesucht werden und sowohl inhaltlich entschieden als auch formal korrekt sein. Sinnvoll ist es, diejenigen Punkte schriftlich zu fixieren und öffentlich zu machen, in denen Konsens über die Auseinandersetzung mit der AfD besteht. Dabei ist einzukalkulieren, dass solche Verabredungen die Rhetorik vom „Kartell der Altparteien“ o.Ä. befeuern wird und dies ausgehalten werden muss. Um die eigenen Ressourcen effektiv einzusetzen, sollten manche gezielten Provokationen der AfD situativ ignoriert, jedoch rassistische und menschenverachtende Äußerungen sowie parlamentarische Initiativen klar

zurückgewiesen werden. Inhaltlich bedarf es gemeinsamer Sprach- und Diskussionsregeln der Abgeordneten gegenüber der AfD:

- *Wie genau argumentieren AfD-Abgeordnete im parlamentarischen Prozess (Rechtspopulismus? Rechtsextremismus? Völkischer Nationalismus?)*
- *Wann sind Grenzen überschritten, und wie reagieren Demokrat_innen darauf?*
- *Soll mit AfD Vertreter_innen diskutiert werden? Wie und worüber sollte gegebenenfalls mit ihnen diskutiert werden?*

Im formalen Umgang mit Rechtspopulismus gilt es z.B. gemeinsam festzulegen:

- *Wer reagiert stellvertretend für alle? Wie wird mit der Teilnahme der AfD an bestimmten Gremien, bei öffentlichen Auftritten, mit ihren Anträgen, ihrem Abstimmungsverhalten usw. umgegangen? Wo sollte sie ausgeschlossen oder nicht aufgenommen werden?*
- *Wie wird mit Anfragen und Forderungen umgegangen?*

Der wichtigste Grundsatz der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Rechtspopulist_innen: Keine Bündnisse mit ihnen, kein Kalkulieren mit ihren Stimmen! Wo dieser Grundsatz nicht mehr gilt, wird den Rechtspopulist_innen der Weg zur Regierungsbeteiligung bereitet.

Verbindungen zu Rechtsextremismus offenlegen.

Gibt es bei AfD-Abgeordneten Überschneidungen und Verbindungen zur extremen Rechten, müssen diese offengelegt und thematisiert werden. Dies gilt zunächst für einzelne Personen mit rechtsextremer Biografie oder Haltungen oder mit nachweisbaren Verbindungen zur rechtsextremen Szene innerhalb der Partei und ihrem parlamentarischen Apparat. Parallelen gibt es auch bei inhaltlichen Aussagen und Parolen der AfD⁶, ihrem öffentlichen Auftreten und Erscheinungsbild sowie der

7. So verwendete der Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag Sachsen-Anhalt, André Poggenburg in seiner Weihnachtsbotschaft 2016 für die Beschreibung dessen, was er als „gemeinsame Werte“ versteht, den Begriff der „Volksgemeinschaft“, eines der zentralen Ideologiebegriffe des Nationalsozialismus. Vgl.: Miteinander e.V. (08.01.2016): Grüße an die Volksgemeinschaft. Die AfD in Sachsen-Anhalt im Vorwahlkampf; Die AfD-Bundesvorsitzende, Frauke Petry forderte in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ am 12.9.2016, den Begriff "völkisch", der eng mit der NS-Ideologie verknüpft ist, positiv zu besetzen. Im Internet unter: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-petry-voelkisch-101.html> (Zugriff: 19.04.2017) Der stellv. AfD-Bundesvorsitzende Björn Höcke verstieg sich in seiner Dresdner Rede vom 17.02.2017 zu der Aussage: „Wir Deutschen [...] sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. [Gemeint war hier das Holocaust-Mahnmal in Berlin Mitte. Diese Aussage Höckes dürfte mindestens als revisionistisch und sekundär-antisemitisch eingestuft werden, ein Verfahren wegen Volksverhetzung ist derzeit noch anhängig. d.V.] Und anstatt die nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung zu bringen, von denen wir ja so viele haben [...], vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt, [...] wird die [...] deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht. [Diese Aussage ist chauvinistisch zu bewerten.; d.V.] So kann es und darf es nicht weitergehen!"; Im Internet unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-weizsaeckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html> (Zugriff: 19.04.2017)
8. Vgl. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016, etwa S. 15–22 (unter „2. Europa und Euro“), S. 28–33 (unter „4. Außen- und Sicherheitspolitik“): http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_webversion.pdf (Zugriff am 25.01.2017).
9. Zahlreiche Belege für die staatsfeindliche Programmatik der AfD finden sich in folgender Publikation: Nocun, Katharina: Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik. <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf> (Zugriff am 25.01.2017).
10. In ihrem Berliner Wahlprogramm sprach sich die Partei 2016 gegen die Angleichung der Lebensverhältnisse und eine „staatliche Rundumversorgung“ aus; vgl. Wahlprogramm der AfD Berlin, a.a.O., S. 28 (unter der Überschrift „Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Rundumversorgung“).

Rhetorik ihrer Protagonist_innen.⁷ Dort, wo die Aussagen von Rechtspopulist_innen klar rassistisch und/oder rechtsextrem sind, müssen Parlamentarier_innen deutlich widersprechen. Solche Äußerungen sind keine Zufälle sondern liegen in der Programmatik und Grundhaltung rechtspopulistischer Parteien begründet. Menschenfeindliche Positionen, die auch in der „Mitte der Gesellschaft“ vorhanden sind, werden aufgegriffen und in rassistischer oder rechtsextremer Weise verschärft um so den gesellschaftlichen Diskurs insgesamt nach rechts zu verschieben. Dies begünstigt die Verbreitung rechtsextremer Positionen, stärkt rechtsextreme Akteure und legitimiert deren Taten.

Offensive Solidarisierung mit den Betroffenen von Diskriminierung.

Rechtspopulistische Positionen, wie die Forderung nach Verschärfung des Asylrechts oder der Überwachungsgesetze, dem Schießbefehl an der Grenze oder der Kürzung von Sozialleistungen richten sich direkt gegen bestimmte Personengruppen. Dazu gehören u.a. Geflüchtete und andere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Bezieher_innen von Sozialleistungen, muslimische und jüdische Mitbürger_innen, Feminist_innen und Angehörige sexueller Minderheiten, engagierte Demokrat_innen und Linke. Abgeordnete sollten sich aktiv schützend vor diejenigen Menschen stellen, die durch Rechtspopulist_innen angefeindet und von ihrem Machtgewinn am meisten bedroht werden. Ihre Organisationen und Netzwerke sollten Parlamentarier_innen darüber hinaus für die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus gewinnen und sich mit ihnen vernetzen. Ihr Potenzial für die Verteidigung demokratischer Grundwerte zu aktivieren, verspricht mehr Erfolg als der Versuch, die argumentativ schwer erreichbaren Mitglieder und Funktionär_innen der AfD zu überzeugen zu wollen. Es ist wichtig, die Perspektive der von Diskriminierung Betroffenen mitzudenken und bereits im Vorfeld solidarische Reaktion auf rechtspopulistische Agitation abzustimmen. Potenzielle Bündnispartner_innen sind z.B. jüdische und muslimische Gemeinschaften, Migrant_innenorganisationen, Gewerkschaften, feministische und LGBTIQ*-Gruppen oder Umwelt- und Friedensgruppen.

Aufklärung über gesellschaftliche Konsequenzen rechtspopulistischer Politik.

Nicht nur gesellschaftliche Minderheiten sind von einem Machtgewinn der AfD betroffen. Die Umsetzung der AfD-Programmatik würde vielmehr die Lebensbedingungen der meisten Menschen erheblich verschlechtern. Um dies in öffentlich zu vermitteln, bedarf es inhaltlicher Kritik an den Positionen der AfD: Sie fordert bspw. eine entschiedene Renationalisierung der Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik.⁸ Dazu gehören die Schwächung und Auflösung internationaler Organisationen wie der Europäischen Union und eine militärische Aufrüstung. Das Ergebnis wäre Abschottung, wirtschaftlicher und kultureller Rückschritt sowie eine erhöhte Kriegsgefahr in Europa und der Welt.

Sozialpolitisch setzt die AfD in erster Linie auf die Verantwortung des Einzelnen, für sich und seine Angehörigen zu sorgen. Sie will das Niveau der Hartz-IV-Bezüge absenken und gibt der Privatisierung von Wohnraum den Vorzug gegenüber sozialem Wohnungsbau und Milieuschutz.⁹ Dem Mythos von der „Partei des kleinen Mannes“ oder der „einfachen Leute“ kann die knallharte neoliberale Programmatik der AfD entgegenhalten werden. Diese ist auf die Förderung von Eliten und eine weitere Benachteiligung schwächerer Teile der Gesellschaft ausgerichtet.¹⁰

Die AfD fordert eine Sondergesetzgebung gegen Muslime, wobei sie symbolhaft Vollverschleierung, Moschee-Minarett und den islamischen Gebetsruf aufgreift.¹¹ In diesem Kontext greift sie immer wieder die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit an und richtet sich grundsätzlich gegen den Entwurf einer offenen und vielfältigen Gesellschaft.

11. Vgl. Wahlprogramm der AfD Berlin, beschlossen im April 2016, S. 18/19 (unter der Überschrift „Rechtsstaat bewahren. Geltendes Recht durchsetzen...“); https://afd.berlin/wp-content/uploads/2016/07/AfD_Berlin_Wahlprogramm_A5_RZ.pdf (Zugriff am 25.01.2017)
12. Vgl. ebd., S. 8/9 (u.a. unter der Überschrift „Gender-Mainstreaming abschaffen“)
13. Vgl. ebd., S. 32/33 (unter der Überschrift „Energie“).

In Wahlprogrammen für Länderparlamente wendet sie sich gegen die Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylberechtigten in die deutsche Gesellschaft.¹¹ Stattdessen fordert sie eine ethnisch und kulturell gleichförmige Gesellschaft und richtet sich damit gegen demokratische Prinzipien wie die Menschenrechte sowie Flüchtlings- und Minderheitenschutz.

Die AfD agitiert gegen die Gleichstellungspolitik zugunsten von Frauen und sexuellen Minderheiten.¹² Frauen und generell Menschen mit alternativen Lebensentwürfen jenseits der traditionellen bürgerlichen Kleinfamilie haben von der AfD eine Verschlechterung ihrer sozialen und rechtlichen Situation zu erwarten.

Die AfD spricht sich gegen den ökologischen Umbau der Gesellschaft, gegen den Klimaschutz und die Energiewende aus. Sie bekundet stattdessen ihre Begeisterung für den Autoverkehr sowie die Stromgewinnung aus Kohleverbrennung und Kernspaltung und trägt somit zum Abbau menschlicher Lebensgrundlagen bei.¹³

Die Rhetorik der AfD umkehren.

Nicht die AfD wird ausgegrenzt, sondern sie selbst grenzt sich inhaltlich und formal aus. Inhaltlich grenzt sie sich aus, weil ihre Positionen zum Teil anti-demokratisch, nationalistisch und rassistisch sind. Formal grenzt sich die AfD mit ihrer pauschalen Rhetorik gegenüber dem „Altparteienkartell“, dem „Gutmenschentum“, dem „Tugend-Terror“, der „Lügenpresse“ usw. aus, mit der sie dem bestehenden demokratischen Rechtsstaat, der Gewaltenteilung und dem Pluralismus widerspricht. Wenn die AfD behandelt werden will wie andere Parteien, muss sie sich glaubwürdig von rechtsextremem und -populistischer Programmatik sowie dem entsprechenden (Spitzen-) Personal trennen. Dies würde allerdings eine kaum mehr mögliche Wandlung der vielerorts von einem völkisch-rechtsextremen Flügel dominierten Partei erfordern.

Multiperspektivisch vorgehen.

Die Strategie der Skandalisierung und die Haltung der Empörung werden sich über die gesamte Zeitdauer einer Wahlperiode hinweg abnutzen. Außerdem liefern sie – wie bereits beschrieben – Vorlagen für die Opferinszenierung der AfD. Skandalisierung

sollte daher punktuell und mit Bedacht eingesetzt werden. Es bedarf daher einer Verständigung darüber, welche anderen Strategien im Umgang mit der AfD noch möglich sind und deren Variation. Ein ruhiger, selbstbewusster, formal korrekter, gleichwohl aber in der Sache harter und fundierter Umgang ist am ehesten angemessen und am längsten durchzuhalten.

Konstruktiven Streit über Unterschiede führen.

Rechtspopulistische Parteien wie die AfD bieten keine konstruktive Sachpolitik und keine Lösung für gesellschaftliche Probleme an. Vielmehr profitieren sie von einer Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen, schüren Angst, Verunsicherung und verstärken Ausgrenzung. Vielen Bürger_innen fällt es schwer, die programmatischen Unterschiede zwischen demokratischen Parteien zu erkennen und zu deuten. Rechtspopulistische Parteien sind erfolgreich, wenn andere Parteien keine inhaltliche Kontroversität bieten und kein konstruktiver Streit um unterschiedliche Konzepte und Lösungsideen erkennbar ist. Die Attraktivität der vorgeblichen „Alternative“ für Deutschland fällt mit der Attraktivität und Vitalität der demokratischen Gegenkonzepte.

Mehrheiten benennen und transparent bleiben.

95% der bundesdeutschen Wahlberechtigten wählen die AfD nicht. Viele Menschen engagieren sich in der Unterstützung Geflüchteter oder in sozialen Projekten. Die große Mehrheit der Menschen schätzt die Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten. Diese Mehrheit zu benennen und aus einer Position der Stärke heraus zu agieren, ist sowohl für die öffentliche Kommunikation als auch für die Auseinandersetzung mit der AfD geboten. Der kritische parlamentarische Umgang mit der AfD bedarf Erläuterung und Transparenz. Abgeordnete sollten sich auch auf ablehnende Reaktionen vorbereiten. Es ist wichtig, die eigene Haltung zu bewahren und in öffentlichen Debatten glaubhaft darzustellen.

Verantwortung vor Ort übernehmen.

Rechtspopulist_innen wettern pauschal gegen „die da oben“ und verbreiten die Ansicht, „die kleine Leute“ hätten keine Möglichkeiten der Mitgestaltung. Dabei bieten gerade die Kommune und das direkte Lebensumfeld der Menschen ein hohes Gestaltungs- und Veränderungspotenzial für den_die Einzelne_n. Kommunale Mandats- und Entscheidungsträger_innen haben die Pflicht, ihrer Verantwortung vor Ort gerecht zu werden und das Zusammenleben zu gestalten. Dabei sind die Betroffenen in der Kommune in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. So können Einzelpersonen und Gruppen ihre konkreten Interessen und Ideen offensiver einbringen und damit ihrerseits Verantwortung vor Ort übernehmen. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in der Kommune kann dazu beitragen, dass Rechtspopulist_innen ihre Handlungsräume entzogen werden.

Eigene Positionen reflektieren und glaubhaft vertreten.

Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen auf Grundlage von Aussehen, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder anderen Merkmalen sind in der ganzen Gesellschaft verbreitet. Die AfD und andere rechtspopulistische Gruppierungen sind u.a. deshalb erfolgreich, weil sie an solchen vorhandenen Einstellungen ansetzen und sie zuspitzen kann. Da von solchen Haltungen auch demokratische Akteur_innen nicht frei sind ist für eine glaubhafte Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus eine kritische Reflexion der eigenen und im eigenen Umfeld vertretenen Positionen erforderlich. Bei diesem andauernden Lernprozess gilt es, für sich selbst und seine Mitstreiter_innen eine eigene menschenrechtsorientierte Position zu entwickeln. Hierfür ist die Perspektive derjenigen wichtig, die von Diskriminierung und rechtspopulistischer Politik betroffen sind. Selbstreflexion und Solidarität müssen nicht nur grundlegende Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft sein, sie sind auch eine Alternative zum autoritären Politikstil der Rechtspopulist_innen.

Die AfD wird noch auf Jahre hinaus in vielen Länderparlamenten und wahrscheinlich auch im Bundestag aktiv sein. Sie erlangt dadurch Zugang zu Ausschüssen, erhält Fraktionsrechte und Einsicht in Unterlagen, hat Mitsprache- und Entscheidungsrechte, bekommt Zugriff auf öffentliche Gelder, sie sitzt in Verwaltungen, erhält Medienpräsenz und eigene Veröffentlichungsmöglichkeiten, bekommt Stellen und Arbeitsmittel und anderes mehr. Folgenreich dürfte der Anspruch auf eine parteinahe politische Stiftung sein, der in den nächsten Jahren wirksam wird. Dadurch könnte die AfD „freie“ Rechtsintellektuelle einbinden und ein entsprechendes Umfeld aufbauen. Mit diesen Ressourcen ist eine Verstetigung ihrer Aktivitäten innerhalb wie außerhalb des parlamentarischen Rahmens zu erwarten.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus ist daher keine Eintagsfliege, sondern mit der AfD als einem parlamentarischen Format dieser Bewegung eine längerfristige Aufgabe für Parlamentarier_innen aller Ebenen. Der Bundesverband Mobile Beratung sowie die Träger der Mobilen Beratung in den einzelnen Bundesländern bieten thematische Workshops, Seminare und Fortbildungen für Parlamentarier_innen im Umgang mit Rechtspopulist_innen an. Zudem begleiten und moderieren die Mobilen Beratungsteams gemeinsame Verständigungsprozesse von Parlamentarier_innen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

www.bundesverband-mobile-beratung.de

Bautzner Str. 45
01099 Dresden

03 51/500 54 16

BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG



mbr 
mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin

 KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.